

## Shows für die Medien

»Humanitäre Hilfe« für Venezuela: Wie die USA und Kolumbien Bilder produzieren – und sich beim Lügen erwischen lassen  
*Von Modaira Rubio, Caracas*

Auf der kolumbianischen Seite der 2016 fertiggestellten, aber nie eröffneten Grenzbrücke Tienditas nach Venezuela wurden Journalisten in- und ausländischer Medien am vergangenen Freitag zu einem Pressetermin eingeladen. Den Berichterstatern wurde ein Lager mit rund 46 Tonnen Waren gezeigt, darunter Lebensmittel, Hygiene- und Gesundheitsprodukte. Diese sollten nach Venezuela geliefert werden, um den dort herrschenden »humanitären Notstand« zu lindern, hieß es.



Zu den Besuchern gehörte Freddy Durán von der venezolanischen Regionalzeitung *La Nación*. Er berichtet, dass die vorgeführten Pakete enthielten, was man auch in Venezuela auf jedem »solidarischen Markt« erhalten könne: Öl, Zucker, Milchpulver, Maismehl, Thunfisch und ähnliches. Den Aufdruck auf den Packungen zufolge handelte es sich um kolumbianische Produkte, die auch im örtlichen Supermarkt erhältlich sind. Offenkundig wurde den Journalisten also keine Hilfslieferung vorgeführt, die aus den USA nach Kolumbien transportiert worden war.

Trotzdem gab sich bei der Veranstaltung nicht nur der vom venezolanischen Putschisten Juan Guaidó zu seinem diplomatischen Vertreter in Kolumbien ernannte Lester Toledo die Ehre, sondern auch Kevin Whitaker, US-Botschafter in Bogotá. Sie stellten den Reportern eine Gruppe von »Freiwilligen« vor, bei denen es sich um

Kolumbianer und »im Exil« lebende Venezolaner sowie Abgeordnete der venezolanischen Nationalversammlung handelte. Unter ihnen befanden sich Ismael García und Wilmer Azuaje, zwei »politische Kadaver«, die einst Hugo Chávez unterstützt hatten, dann aber zur Opposition übergelaufen waren und inzwischen eine Rechtspartei nach der anderen durchlaufen haben. Während sie in Venezuelas Politik keine reale Rolle mehr spielen, reichte es noch für einen Auftritt als »freiwillige Helfer« bei der Show in Cúcuta.

Toledo versicherte, dass die Hilfe in Venezuela verteilt werde, und auch Kolumbiens Behörden haben mehrfach erklärt, dass es keine Ausgabe auf dem eigenen Staatsgebiet geben werde. Wo und wie man die Güter über die Grenze bringen will und wie die Vergabe organisiert werden soll, sagte Toledo allerdings nicht. Statt dessen beschränkte er sich ein weiteres Mal darauf, die Streitkräfte Venezuelas aufzufordern, »auf die Seite des Volkes« überzugehen. Nach Angaben der US-Botschaft in Bogotá soll die Hilfe ausreichen, um 50.000 Venezolaner für zehn Tage zu versorgen. Im Land selbst hat das für ironische Kommentare gesorgt, denn Venezuelas Regierung beliefert über die »Lokalkomitees für Versorgung und Produktion« (CLAP) jeden Monat sechs Millionen Familien, die im Schnitt vier Mitglieder zählen, mit vergünstigten Lebensmitteln.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Chef des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Kolumbien, Christoph Harnisch, den Missbrauch des Begriffs »humanitäre Hilfe« kritisiert. Um eine solche handle es sich bei den aktuell diskutierten Lieferungen für seine Organisation nicht, sondern um Unterstützung, die von einer Regierung beschlossen worden sei. Damit widerspreche sie den Prinzipien des Roten Kreuzes von Unabhängigkeit,

Überparteilichkeit und Neutralität. In einer offiziellen Erklärung hatte das Rote Kreuz am 4. Februar angekündigt, sich nicht an der Verteilung von Waren aus Kolumbien in Venezuela zu beteiligen, sofern es zuvor nicht ein Abkommen mit der Rotkreuzbewegung gebe.

Die Shows an der Grenze sollen vor allem den unzähligen Journalisten Bilder liefern, die seit Tagen in der Region ausharren. Wenige Meter von den Grenzsperrern entfernt zeigten sich deshalb am Wochenende Demonstranten mit der Forderung, dass die venezolanischen Behörden die Waren durchlassen sollten. Beobachter stellten fest, dass es sich wohl kaum um eine spontane Aktion von Betroffenen gehandelt habe. Vielmehr seien die Protestierenden von venezolanischen Oppositionspolitikern eingewiesen und regelmäßig abgelöst worden, so dass dieselben Plakate stundenlang in die Luft gehalten wurden.

Aufgeflogen ist derweil eine Lüge des Vizeregierungschefs von Puerto Rico, Luis Rivera Marín. Dieser hatte in der vergangenen Woche im Interview mit dem US-Sender *CNN* behauptet, dass ein Flugzeug aus San Juan mit Lieferungen in Venezuela gelandet sei (*JW* berichtete). Nachdem der Präsident der Verfassunggebenden Versammlung, Diosdado

Cabello, diese Darstellung auf einer Kundgebung zurückgewiesen hatte, hakte *CNN* bei Rivera Marín nach. Dieser versuchte sich in Ausflüchte zu retten und sprach von »Verwirrung«, die geherrscht habe. Das wiederum wollte *CNN*-Moderator Fernando del Rincón nicht auf sich sitzen lassen: »Ich war nicht verwirrt, ich habe genügend Erfahrungen als Journalist. Ihre Aussage war eindeutig.« So stand der Secretary of State als Lügner da.

Die Staaten des südlichen Afrika haben sich derweil hinter die rechtmäßige Regierung Venezuelas gestellt. In einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) wird der Versuch einiger Länder kritisiert, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen und eine demokratisch gewählte Regierung zu untergraben. Wie Namibias Präsident Hage Geingob als gegenwärtiger SADC-Präsident erklärte, verurteile der Staatenbund diese Verstöße gegen die Prinzipien des internationalen Rechts. Der SADC gehören 16 Länder an, darunter Südafrika, Simbabwe, Namibia, Angola und die Demokratische Republik Kongo.

-